

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.30 Uhr
Ende: 13.35 Uhr

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 12.30 Uhr den Vorsitz.

1) Live-Stream Gemeinderatssitzung

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Sehr geehrte Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein bisschen schwierig, jetzt direkt nach dem Gedenken in die Alltagsarbeit überzugehen, aber eine oder einer muss damit beginnen und dann tue ich das. Thema ist Live-Stream Gemeinderatssitzungen. Wie alle wissen, ist das ja schon sehr lange ein Thema, das immer wieder über Anfragen und andere Initiativen auch schon in der letzten Gemeinderatsperiode, natürlich auch in dieser, gekommen ist. Jetzt ist der aktuelle Zeitpunkt, wo wieder möglich ist, mit einem entsprechenden Vorstoß beim Land Steiermark etwas weiterzubringen. Man hätte das natürlich auch schon deutlich früher starten können, denn die Gemeinderatsperiode, als wir noch einmal einen Anfang gemacht haben und auch der Kollege Pacanda, ist doch schon einige Zeit her und es hat leider etwas lang gedauert in der Klubobleutekonferenz, bis da Beschlüsse getroffen sind usw.

Meine

F r a g e

ist: Wie ist der Stand der Dinge beziehungsweise der beabsichtigte Zeitplan bezüglich dieser Petition, die wir ja ans Land Steiermark schicken müssen, um im Statut eine Änderung herbeizuführen, die Live-Übertragungen von Gemeinderatssitzungen ermöglicht? Vielleicht zwei Hinweise noch, Live-Übertragung ist natürlich auch für Bevölkerung im Sinne von Openairs usw. wichtig. Es ist aber auch, da habe ich auch mit dem Kollegen Kurt Hohensinner immer wieder mich ausgetauscht etwas, was zum Beispiel für die Unterstützung durch Gebärdendolmetsch und die Aufzeichnungsmöglichkeit sicher einen großen Vorteil bietet, weil Leute, die das Gebärdendolmetsch-Angebot vielleicht heute, weil es ein Arbeitstag ist, nicht nutzen können, könnten das mit einer Live-Übertragung möglicherweise gleich mitaufgezeichnet bekommen. Daher die Frage, wie ist der Stand der Dinge, wann können wir das einreichen beim Land Steiermark und wann ist dann mit einer Umsetzung zu rechnen (*Applaus Grüne*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin Grabe, ich darf das nur bestätigen, eine Live-Übertragung von Gemeinderatssitzungen, sogenannter Live-Stream, ist laut dem Gutachten des Bundeskanzleramtes aus datenschutzrechtlichen Gründen nur nach einer Änderung des Statutes der Stadt Graz möglich. Die dazu erforderliche Petition an den Landesgesetzgeber wäre zu beschließen. Durch eine Änderung des Statutes wäre die in der Konferenz der Klubobleute besprochene Variante, auch nachträglich einen Zusammenschritt der jeweiligen Gemeinderatssitzung online zur Verfügung zu stellen, ebenso gedeckt. Bis dato ist die Willensbildung, die politische, noch offen, weshalb der Präsidialabteilung auch noch keinen Auftrag des Gemeinderates, eine Petition auszuarbeiten, vorliegt. Eine derartige Petition könnten wir jederzeit auch zur

Beschlussfassung vorbereiten. Ich habe mich aber jetzt auch noch einmal erkundigt, inwieweit denn das Angebot des Landtages Steiermark, die einen noch größeren Bevölkerungskreis betrifft, wirklich angenommen wird. Die kommen dort bei den besten Sitzungen auf maximal 70 Zugriffe, ein Großteil dieser Zugriffe sind aber wiederum die politischen Klubs, die politischen Büros und auch die Medienvertreterinnen und Medienvertreter, sodass man eigentlich sagen kann, dass das Interesse, zum Beispiel auch einer Landtagssitzung wirklich von Seiten der Bürgerinnen und Bürger beizuwohnen, gleich, ganz, ganz gering ist. Ich bitte, das vielleicht noch einmal in einer Klubobleutekonferenz zu diskutieren (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Eine erste Nachfrage, ich habe es akustisch nicht verstanden. Was ist noch offen, weshalb noch kein Auftrag an die Präsidialabteilung gemacht wurde? Und das Zweite, das Interesse ist ganz gering einerseits aber, wie gesagt, der Zusatznutzen, dass man auch für Gebärdendolmetsch-Aufzeichnungen damit machen könnte und nicht das Problem hat, dass Sie immer sagen müssen, „lohnt es sich“, in großen Anführungsstrichen, für vier, fünf, sechs Personen Gebärdendolmetsch anzubieten, das wäre natürlich ein Zusatznutzen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist richtig, das wäre ein Zusatznutzen. Wir müssen nur einmal beschließen, ob wir das auch am Petitionswege dem Landesgesetzgeber so mitteilen und die statutarische Veränderung vom Land Steiermark erbitten. Der Gemeinderat müsste das beschließen, da wäre noch einmal die Bitte, dass im Herbst noch einmal die Klubobleute sich Gedanken machen, ob wir das in der Form auch machen wollen, das kostet auch Geld, ist trotzdem nicht wenig Aufwand, egal ob wir eine zusammengeschnittene Variante dann ins Netz stellen oder gleich die ganze Sitzung

übertragen und selbstverständlich müsste dann auch bei jeder Sitzung auch die Dolmetscherin oder der Dolmetscher dann anwesend sein oder man unterlegt, das muss man sich dann genau überlegen und das sollten wir dann im Herbst endgültig klären.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 12.35 Uhr den Vorsitz.

2) Gemeindewohnungen, die von SpitzenverdienerInnen genutzt werden?

GR. **Pacanda** stellt an StR.ⁱⁿ **Kahr** folgende Frage:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Elke! In Zeitungen waren in letzter Zeit oft Schlagzeilen zu lesen wie zum Beispiel „Klagenfurter FPÖ-Stadtrat lebt seit Jahren in Sozialwohnung“, „Wiener SPÖ-Nationalratsabgeordneter und auch ein ÖVP-Nationalratsabgeordneter wohnen im Sozialbau“, „Wiener FPÖ-Politiker fliegt jetzt aus Gemeindebau, weil er sie weitervermietet hat“. Zum Thema Einkommens-Check, der in den neuen Richtlinien der Stadt Graz für die Zuweisung von Gemeindewohnungen der Stadt Graz verankert sind, hast du in einem Interview gesagt: „In zehn Jahren wird mein Nachfolger, meine Nachfolgerin draufkommen, dass da eh nicht geht.“

Daher richte ich namens der Piraten an dich folgende

Frage:

Welche Maßnahmen hast du getroffen, damit es in Graz nicht zu ähnlichen Fällen kommt?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Philip! Erfreulicherweise ist Graz nicht Wien und auch nicht Klagenfurt und ich kann auch am Beginn jetzt sagen, dass Gott sei Dank, bei uns politische Mandatäre, sage ich jetzt, sollte das einmal vor 30 Jahren, ich kann ja nicht für die Jahrzehnte davor sprechen, so viel moralische Verantwortung oder Verpflichtung haben, dass sie so etwas zum Beispiel nicht in Anspruch nehmen. Abgesehen davon ist es da bei einem Beispiel keine Gemeindewohnung, das muss man auch dazusagen. Aber das hat jetzt uns in Graz so gesehen nicht zu berühren, wichtig ist, wie schaut es in Graz aus. In Graz gibt es, gab es und gibt es nach wie vor sehr vorbildliche Richtlinien, die sind in der Vergangenheit und auch jetzt noch immer Grundlage für viele Städte und Gemeinden, wo es diese transparenten Richtlinien nicht gibt, herangezogen worden und das hat mich persönlich auch sehr gefreut, dass erst vor drei Wochen wieder eben Vertreter aus Klagenfurt bei mir waren und zwar die Vorsitzende des Wohnungsvergabeausschusses und auch der zuständige Stadtrat, weil es eben in Klagenfurt bis dato keine transparente Vergabekultur gegeben hat und sie das ändern möchten, zu Recht, da hat es in der Vergangenheit, aber das ist jetzt nicht Gegenstand wirklich, Sachen gegeben, die würden bei uns in den letzten Jahrzehnten nie möglich sein. Das freut uns natürlich sehr, dass das als Grundlage herangezogen wird, aber um es auf den Punkt zu bringen, die Richtlinien schließen von Haus aus Spitzenverdiener aus, das war in der Vergangenheit so und das ist auch mit den neuen Richtlinien seit 1. März so. Ich weiß nicht, du wirst es wahrscheinlich eh kennen, man kann überhaupt nur um eine Gemeindewohnung ansuchen, wenn man ein bestimmtes Jahreseinkommen, egal jetzt eine Person, zwei, drei oder vier, weil da wird immer das gesamte Einkommen herangezogen, nicht überschreitet. Bleibt man mit seinem Jahreseinkommen darunter,

dann kann man ansuchen, heißt aber noch nicht, dass man die Voraussetzungen erfüllt. Das heißt, es wird in einem eigenen Verfahren durch verschiedene Punktequellen, Wohnungssituation, Einkommen, Familiensituation, Pflegebedürftigkeit, da gibt es viele Kriterien, erfüllt man die, dann hat man einen Anspruch auf eine Gemeindewohnung und dann tritt eine gewisse Wartezeit in Kraft und dann, das ist nämlich wichtig, das gibt es in vielen Städten nämlich auch nicht, wird, bevor Wohnungen angeboten werden, noch einmal die Einkommenssituation aller im Familienverband lebenden Personen überprüft und bleibt man eben wie gesagt darunter, dann kann eine Angebotsgebung und Wohnungsvergabe erfolgen. Das heißt, es ist einfach auszuschließen, dass ein Spitzenverdiener bei uns eine Gemeindewohnung hat. Viel wichtiger in dem Zusammenhang erscheint mir die Wohnungskontrolle und das ist etwas, was erfreulicherweise auch schon seit über 20 Jahren bei uns am städtischen Wohnungsamt es gibt, weil das kommt sehr wohl vor, dass jemand eine Gemeindewohnung hat und sie sozusagen nicht für seine Wohnzwecke mehr verwendet, sondern schon längst woanders wohnt und die Wohnung weitervermietet oder, da gibt es viele Beispiele, und hier haben wir diese Wohnungskontrollstelle, da wäre es sogar noch erfreulich, wenn man das personell aufstocken könnte, weil da wird sehr sorgfältig gearbeitet und es erfolgt auch zu Recht der Wohnungsverlust, wenn sie widmungsfremd verwendet wird (*Applaus KPÖ*).

GR. **Pacanda:** Mir ist komplett klar, dass bei der Vergabe dementsprechende Möglichkeiten bestehen und die Kontrollfunktionen da sind. Jetzt verändert sich natürlich über den Lauf der Zeit mein Einkommen und mein Einkommensverhältnis, es kann sein, dass ich zu einem Spitzenverdiener werde, weil ich zum Beispiel in den Nationalrat komme oder Ähnliches, es gibt ja viele Möglichkeiten, da zum Spitzenverdiener zu werden, ich nicht. Und so wie du und wie ich es verstanden habe auch bei deinem Statement im Standard, ist ja genau auch das die Problemstellung,

dass durch den Einkommens-Check, der nach zehn Jahren dann stattfinden soll, weil sich ja eben die Einkommenssituation verändern kann, da es eigentlich nicht möglich sein wird, irgendwas zu tun und jetzt wollte ich fragen, habe ich das richtig verstanden, so wie du das gesagt hast oder habe ich das jetzt falsch verstanden?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Stadträtin versucht zu klären, ob er es richtig oder falsch verstanden hat.

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Teilweise, und zwar man muss ehrlich sagen, in zehn Jahren haben wir ja beschlossen hier im Gemeinderat, dass eine Einkommensüberprüfung stattfinden kann, es muss sie nicht, aber kann, der künftige Gemeinderat, die künftige Stadträtin oder Stadtrat und das Amt haben die Möglichkeit, das derzeitige Mietrechtsgesetz und auch das Wohnbauförderungsgesetz erlaubt es, und da kennen wir uns ein bisschen aus, nicht. Es gibt vielleicht aber eine Möglichkeit, das trotzdem zu tun. Glauben Sie mir aber oder glaubt mir, jeder der mit dem Thema zu tun hat, wird diesen Verwaltungs- und diesen personellen Aufwand, weil das sind 12.000 Haushalte, und du musst alle Einkommen überprüfen, das ist ein Verwaltungsaufwand ein finanzieller, der, um vielleicht bestenfalls auf drei/vier Fälle draufzukommen, überhaupt nicht dafürsteht. Das habe ich damals, wie wir das beschlossen haben, schon gesagt, es wird auch so gemeint gewesen sein. Aber wie gesagt, ich würde mich nicht dagegen sperren, wenn die Mittel und personellen Ressourcen dafür zur Verfügung gestellt werden, dann soll man das machen. Aber die Erfahrung zeigt, dass leider eben die Einkommenssituationen der Bewohner, und ich kann das wirklich jetzt aus den letzten 15 Jahren sagen, sich nicht nach oben bewegen, sondern eher nach unten und glauben Sie mir, wenn jemand einen Spitzenverdienst hat, erfreulicherweise, ich gönne es und

wünsche es einem jeden, der zieht aus einer Gemeindewohnung aus, also diese Erfahrungen haben wir, wir sind eher froh und glücklich, wenn wir Familien und Personen halten können, die sich im Laufe der Jahre verbessern (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Sippel** zur Geschäftsordnung: Ich möchte nur eine tatsächliche Richtigstellung machen, bei dem besagten FPÖ-Stadtrat handelt es sich nicht um einen Bewohner einer sozialen Wohnung beziehungsweise einer Gemeindewohnung, sondern es ist eine Genossenschaftswohnung, das ist schon ein Unterschied, diese Richtigstellung ist auch in der lokalen Presse erfolgt und wir sollten wenn, dann schon, das Ganze vollständig zitieren und nicht nur das so in den Raum stellen. Also wie gesagt, bitte diese Richtigstellung zur Kenntnis zu nehmen (*Applaus FPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Noch einmal, wir können nur für die Grazer Situation, aber so etwas interessiert mich natürlich und das habe ich auch gesagt, dass zum Beispiel, ich habe das gar nicht behauptet, dass es keine Gemeindewohnung war.

Zwischenruf StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher: Aber der Pirat.

3) Robert-Stolz-Museum

GR.ⁱⁿ **Potzinger** stellt an StR.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine kleine Vorbemerkung, die Stadt Graz hat viele große Töchter, im dritten Stock, in der Pionierinnengalerie können wir uns jeden Tag davon überzeugen, dass hier jetzt auch einige vor den Vorhang geholt wurden. Die Stadt Graz hat aber auch große Söhne. Einer davon wurde vor 135 Jahren in dieser Stadt geboren und hatte vor wenigen Tagen den 40. Todestag, ich spreche von dem weltberühmten Musiker und Komponisten Robert Stolz. Sehr geehrte Frau Kulturstadträtin! Im Jahr 1990/1991 wurde im Haus Mehlplatz 1, der Eingang ist am Färberplatz, mit zahlreichen interessanten Exponaten in Erinnerung an den im Jahre 1880 in diesem Hause in Graz geborenen weltberühmten Komponisten Robert Stolz das „Robert-Stolz-Museum“ eingerichtet, das von Musikfreundinnen und -freunden gerne besucht wurde und auch weiterhin gerne besucht würde.

Der große Sohn unserer Stadt war in jungen Jahren Kapellmeister in Graz und avancierte zum Meister der „Silbernen Operette“, Frühjahrsparade usw. und er wurde auch berühmt als Komponist zahlreicher bekannter Filmmusikstücke. Seine Verbundenheit mit seiner Heimatstadt würdigte er unter anderem mit dem „Stadtparkwalzer“, der sollte wieder einmal in unserer Stadt erklingen, diesen Walzer hat er unserer Stadt gewidmet.

Vor einigen Jahren musste das Museum verlegt werden, da der Hauseigentümer Eigenbedarf für den Raum hatte, ist verständlich. Daher wurden die Exponate des Robert-Stolz-Museums ins GrazMuseum gebracht. Die Leitung des GrazMuseums versicherte, den Exponaten einen würdigen Raum zu geben.

Am 27. Juni 1975 verstarb Robert Stolz. Anlässlich seines 40. Todestages mehren sich nun die Nachfragen nach dem Robert-Stolz-Museum, erst vor wenigen Tagen hat mir die Betreiberin eines Reisebüros in der Innenstadt gesagt, dass immer wieder gefragt wird, wo ist jetzt das Robert-Stolz-Museum? Wenn man es eingibt in Google, findet

man noch die alte Adresse, steht dort natürlich vor verschlossenen Türen. Bis heute warten wir darauf, die Exponate endlich wieder sehen zu können.

Daher stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Kulturstadträtin, folgende

F r a g e :

Wann wird endlich das Versprechen eingelöst, die Exponate des Robert-Stolz-Museums im GrazMuseum würdig auszustellen?

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Danke, liebe Sissi, für diese Frage. Es gab, noch bevor der Herr Direktor Hochreiter als Leiter des GrazMuseums begonnen hat, also vor 2005 eine im Rahmen der städtischen Aufgabenkritik beschlossene Umsetzung, dass nämlich die Expositur des Grazer Stadtmuseums damals, wie du sagst, Mehlplatz 1, auch mit den Stimmen der ÖVP geschlossen wurde. Das war damals eine Vorgangsweise, die hier aufgrund von Sparvorgaben so umgesetzt wurde. Das GrazMuseum fragt zu Recht, wo diese Exponate in der derzeitigen Raumsituation gezeigt werden sollen, es gibt ja im 1. Stock, wie du weißt, die Dauerausstellung und es ist der andere Bereich eigentlich genau dafür gedacht, immer wieder unterschiedliche Ausstellungen zu bringen, die in unterschiedlicher Dimension mit der Stadtgeschichte oder mit aktuellen Ereignissen sich befassen. Dazu kommt noch einmal die Frage, wenn man jetzt sozusagen einem Sohn der Stadt, du hast ja gesagt, es gibt viele Töchter, es gibt auch viele Söhne, ich könnte da jetzt ganz viele aufzählen, es ist ja schön, dass Graz so viele berühmte Menschen hervorgebracht hat, es geht von Fischer von Erlach über Johannes Kepler, über Otto Loewe, über Karl Böhm, über Schumpeter, über die Damen, also Frauen, gibt es natürlich auch, leider immer weniger, die in der Wahrnehmung, wie wir wissen, aber doch einige Marianne Stockes, Susanne Wenger, Martha Tausk usw., da gibt es eine

Menge an Personen, die damit eigentlich auch unterschiedliche Formen der Würdigung erfahren. Manche dankenswerterweise auch deines Einsatzes von den Töchtern inzwischen in der Pionierinnengalerie. Aber derzeit ist die Situation so, dass, wenn nicht ein Extra-Geld und auch ein Extra-Raum zur Verfügung gestellt wird, eine Dauerausstellung zu Robert Stolz einfach nicht darstellbar ist und auch nicht im Verhältnis eben zu den vielen anderen Personen, denen man letztendlich auch eine Dauerausstellung widmen sollte. Das heißt, die Fragestellung ist zurückzuführen auf diese Entscheidung von vor 2005, als man damals gesagt hat, wir haben das Geld nicht, wir müssen das leider auflassen und man muss jetzt darüber reden und das weiß ich nicht, wann irgendwann diese Verhandlungen innerhalb der Stadtregierung der Paktpartner stattfindet, was mit den AOG-Mitteln passiert. Wir haben dort offen das Schloßbergmuseum, also wir haben einige Punkte, wo wir immer wieder hören, dass die wünschenswert wären, aber derzeit gibt es keine Mittel in irgendeine Richtung und deswegen sehe ich auch in diese Richtung wenig Möglichkeiten, das derzeit irgendwo zu verankern. Die Dauerausstellung, die wir jetzt im GrazMuseum haben betrifft die gesamte Stadtgeschichte und wird immer wieder ergänzt durch kurzfristige Ausstellungen. Dieses Konzept ist in den Räumen machbar (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Frau Stadträtin, bist du bereit, dich mittelfristig dafür einzusetzen in Absprache mit den Verantwortlichen des GrazMuseums, eventuell auch unter Einbindung Verantwortlicher der Kunstuniversität, dass es doch wieder zu einer Möglichkeit in der Stadt Graz kommt, diese Exponate dauerhaft auszustellen?

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Ich möchte dazu anmerken, dass das Kulturamt, aber ich glaube auch der Bürgermeister war da auch federführend mit dabei, das sehr wohl unterstützt haben, dass auf den Kasematten letztes Jahr das erste Mal und auch heuer die, ich sage jetzt einmal, Stolz-Festspiele, aber eine Veranstaltungsreihe ermöglicht wurde, um den Grazern und Grazerinnen sein musikalisches Wirken nahezubringen, das heißt, es gibt

dort, wo es möglich ist, natürlich immer wieder Unterstützung, auf ihn zu verweisen und in dem Fall gibt es diese Unterstützung. Für einen musealen Bereich, da muss ich dann wirklich über eine Prioritätensetzung reden, wir sind momentan offen beim Thema, wie tun wir weiter mit der gotischen Halle, wir sind offen beim Thema Schloßbergmuseum und wenn man überhaupt nicht weiß, was in der Prioritätensetzung der städtischen sogenannten AOG-Projekte, und wir haben heute eine Diskussion über Straßenbahnlinien usw., sieht, dann kann ich sagen, ja ich setze mich gerne dafür ein, aber es bleibt bei einem Versprechen ohne Basis, weil wir derzeit keinerlei Richtlinien und Richtschnur haben, welche Investitionen in den nächsten Jahren in dieser Stadt prioritär umgesetzt werden. Da würde ich auch bitte euch in der Fraktion dringend darum ersuchen, diese lange angekündigte Sitzung einmal abzuhalten und einmal zu schauen, was ist überhaupt möglich und was ist dann auch prioritär zu behandeln, das ist eine angekündigte Situation seit letztem Jahr (*Applaus Grüne*).

4) Möglichkeit der Ratenzahlung für die „Jahreskarte Graz“

GR. Mag. **Krotzer** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. Mag. **Krotzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung und des Gemeinderates, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Es ist ja letzten Dezember ein wichtiger Beschluss gefasst worden, der eben diese Jahreskarte Graz um 228 Euro ermöglicht hat als wichtiger Schritt für mehr leistbare Mobilität in unserer Stadt und das Ganze hat sich auch als großer Erfolg erwiesen. Die Holding Graz geht von bis zu 30.000 verkauften Karten bis Jahresende aus, erwartet hat man 24.000 Stück, also man sieht, es ist übertroffen worden. Wir haben allerdings ein Problem, dass eine immer größer werdende Personengruppe von diesem Angebot

ausgeschlossen ist und zwar diejenigen Menschen, die nicht in der Lage sind, die 228 Euro auf einmal zu bezahlen und das ist eben angesichts der sozialen und ökonomischen Entwicklung, die wir momentan erleben, eine immer größer werdende Personengruppe. Die haben allerdings nicht diese Möglichkeit; Ratenzahlung gibt es nur bei dem Ticket um 399 Euro, was natürlich eine relativ absurde Situation ist, dass insbesondere die Menschen, die sich das nicht leisten können, die 228 Euro auf einmal zu zahlen, dann irgendwie den großen Betrag um 399 in Raten zahlen müssen. Insofern wäre, um dieses Angebot der leistbaren Mobilität noch mehr Menschen zur Verfügung zu stellen, es sehr wichtig, diese Ratenzahlung auch auf die Jahreskarte Graz auszudehnen.

Insofern darf ich seitens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion, Sie, Herr Stadtrat,

f r a g e n ,

ob Sie bereit sind, diese Möglichkeit einer Ratenzahlung für die „Jahreskarte Graz“ umzusetzen (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat! Selbstverständlich ist mir auch klar, dass unter Umständen für manche Menschen, 228 Euro in einem zu bezahlen, durchaus schwer zu bewältigen sind oder eben wirklich vor große Probleme stellen. Dennoch möchte ich Ihnen gerne mitteilen zunächst einmal die Stellungnahme der Holding Graz, nämlich der Hinweis, dass die Jahreskarte Graz laut Verbundtarif, laut bestehendem Verbundtarif eine Ratenzahlung um 22 Euro sich verteuern würde, das sind zirka 10 %. Der Preis wurde ab 1.7.2015 im Zug der durch die Verkehrsunternehmen beschlossenen Tarifierhöhung nicht angehoben und bei einem so hoch geförderten Tarif, nämlich 171 Euro pro Ticket, ist in den Vertragsbedingungen für die Jahreskarte

Graz keine Ratenzahlung vorgesehen. Zudem wäre der zusätzlich entstehende administrative Aufwand durch den monatlichen Bankeinzug, Zahlungsausfälle, Kontoabgleichung usw., der durch eine Ratenzahlung entstünde, mit dem derzeitigen Personalstand nicht bewältigbar. Hinweisen möchte ich auch darauf, dass für Menschen in der Stadt Graz, die sich in einer sozial bedenklichen Lage in Bezug auf ihr Einkommen befinden es ja die Grazer SozialCard Mobilität gibt und geschaffen wurde. Diese beinhaltet um 50 Euro eine Jahreskarte für den gesamten öffentlichen Verkehr in Graz. Somit wird in Graz der Zugang zum öffentlichen Verkehr für alle sozialen Schichten zu entsprechend verträglichem Preis ermöglicht.

GR. Mag. **Krotzer**: Man müsste natürlich zusätzliche Mittel in die Hand nehmen, um das zu finanzieren, da ist eben meine Frage, ob es in die Richtung eine Bereitschaft gibt.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Die Bereitschaft ist nicht das Problem, sondern das Geld ist das Problem. Es ist im Rahmen der derzeitigen Budgetrichtlinien auch für die Holding nicht möglich, weitere 22 Euro zu diesen 171 Euro dazuzuzahlen.

5) Zukunft Annenpassage

GR. Mag. **Haßler** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte ZuhörerInnen auf der Tribüne, lieber Gerhard! Im Bereich Bahnhof/Annenstraße ist ja schon einiges passiert. Gerade

der Hauptbahnhof hat sich, glaube ich, zum doch kleinen Schmuckstück in der Stadt entwickelt, doch wir haben noch ein großes Sorgenkind da in dem Bereich und das ist die Annenpassage, die jedoch, wenn man jetzt zu Fuß Richtung Annenstraße geht, so etwas wie das Tor zur Stadt ist, wenn man mit dem Zug in Graz ankommt. Und wenn man da durchgeht, da schreckt man sich, sage ich einmal, auf den ersten Blick, man sieht runtergelassene Rollläden, zugesperrte Geschäfte und man hat den Eindruck, man kommt in einer Stadt an, die wirtschaftlich irgendwo in einer Depression liegt und das sind eher Bilder die wir eigentlich in Graz so nicht wollen, so auch nicht kennen und eher nur aus dem Fernsehen kennen, wenn man jetzt Athen oder so etwas sieht.

Von einem Neustart der Annenpassage war schon des Öfteren die Rede, die Ideen reichen von einem Textilcenter bis zu einer Partymeile. Erst im Vorjahr ist wieder angekündigt worden, dass jetzt alles neu werde, dass im Herbst 2015 mit großräumigen baulichen Adaptierungen begonnen würde, um die Annenpassage für die Ansiedlung von Geschäftslokalen attraktiver zu machen und es wurde auch angekündigt, dass es schon Interessenten gibt, die das in die Hand nehmen werden.

Ich darf dich daher namens unserer Fraktion

f r a g e n:

Sind dir, beziehungsweise der Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung, konkrete, aktuelle Pläne beziehungsweise Überlegungen betreffend einen längst überfälligen Neustart der Annenpassage bekannt (*Applaus SPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat! Mir sind, ehrlich gesagt, auch keine weiteren Informationen bekannt. Wir haben aber deine Anfrage als Anlass genommen, uns mit der Firma Consultatio in Verbindung zu setzen, wieder in Verbindung zu setzen,

die Kontakte gibt es, aber es waren eben bisher, wie gesagt, keine weitergehenden Informationen da und der zuständige Herr ist ein Herr ■■■ und die Wirtschaftsabteilung hat für nächste Woche einen Termin ausgemacht mit dem Herrn ■■■, um den neuesten Entwicklungsstand in Erfahrung zu bringen. Der Herr ■■■ wollte am Telefon keine weiteren Informationen preisgeben, aber wie gesagt, es ist in der nächsten Woche ein Termin zwischen der Wirtschaftsabteilung und der Firma Consultatio, die das verwaltet, ausgemacht und dann hoffe ich, dass wir mehr Informationen haben, über die ich dann noch gerne berichten werde (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Haßler**: Dann freut es mich, dass ich mit meiner Frage einen kleinen Impuls geben konnte, in diesen Bereich auch von Seiten der Stadt wieder einmal hinzuschauen. Meine Zusatzfrage wird sich wahrscheinlich erübrigen, aber ich stelle sie trotzdem, das heißt, du als zuständiger Wirtschaftsstadtrat und deine Abteilung wird sich jetzt mit Engagement darum kümmern, dass dort was weitergeht und mithelfen (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ja, kurzes Ja.

6) Fekonja-Park

GR. **Hötzl** stellt an StR.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Stadträtin! In meiner Anfrage geht es um den Fekonja-Park im Bezirk Jakomini. Seit der letzten Woche, der

Eröffnung eines Kulturprojektes im Fekonja-Park, mehren sich wieder Meldungen über nächtliche Ruhestörungen und Anpöbelungen der Kinder und Eltern der in den an den Fekonja-Park angrenzenden Häuser der Hüttenbrenner- und Pomisgasse.

Es wachsen nun die Befürchtungen der dort Wohnenden, es würden wieder gleiche Zustände wie nach dem im letzten Jahr gescheiterten Jugendprojekt – ein durch Jugendliche selbst gestalteter im Park aufgestellter Container – eintreten. Vandalismus, Diebstähle, Lärmbelästigung, Drogenkonsum, Anpöbeln der Anrainer und kleinerer Kinder – alles nachzulesen im Protokoll der Bürgerversammlung vom 1. Juli 2014 verfasst vom Grazer Friedensbüro.

Durch diese sozialen Konflikte mussten sich im letzten Jahr Sozialarbeiter, Jugendbehörden, Polizei, Anrainerversammlungen, das Friedensbüro selber und viele mehr mit diesem Thema beschäftigen.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende

Frage:

Warum haben Sie trotz des Wissens um den Verlauf des letzten Projektes im Fekonja-Park wieder ein derartiges Projekt gestartet, ohne die im direkten Umfeld wohnende Bevölkerung von Anfang an einzubinden (*Applaus FPÖ*)?

StR.ⁱⁿ **Rücker:** Zum Fekonja-Park möchte ich ganz kurz noch einmal die Vorgeschichte erläutern. Zuerst möchte ich sagen, was die Rolle der Kulturstadträtin ist. Ich bin keine, die Projekte initiiert, sondern Projektvorschläge begutachten lässt durch einen entsprechenden Fachbeirat und wenn eine Empfehlung kommt, dass das sinnvoll ist,

dann gibt es oft eine positive Förderentscheidung, nicht immer. In dem Fall war es so, dass ich angesprochen wurde von zwei Personengruppen, einerseits von einer künstlerischen Gruppe und andererseits auch von einem Mitarbeiter des Lehrganges für Sozialmanagement in Kärnten, die für Jugendsozialarbeit arbeiten und die mir ein Projekt vorgeschlagen haben. Nachdem ich den Fekonja-Park bis dahin gar nicht kannte, bin ich dann vor Ort gegangen und habe mich dort ganz direkt vor Ort kundig gemacht. Ich hatte dann Gespräche mit den Jugendlichen, die dort vor Ort sind, ich hatte Gespräche mit AnrainerInnen und war durchaus sehr angetan von der Idee, dort mit Beteiligung der Jugendlichen eine künstlerische Intervention zu setzen, damit das Thema, das dort immer wieder, und das haben Sie ja beschrieben, virulent ist, nämlich, dass die Jugendlichen dort natürlich sich im Park treffen, denn in den Siedlungen sind sie nicht erwünscht, am Sportplatz sind sie nicht erwünscht, dann sind sie in diesem Park. Das ist eine logische Entwicklung, die Frage ist immer für mich, was wäre die Alternative, nämlich die Jugendlichen, ich weiß nicht, wohin zu schicken, ich weiß nicht und deswegen hat mir das Projekt ganz gut gefallen. Ich habe damals sehr dringlich an die Projektbetreiber aber die Rückmeldung gegeben, einerseits sich gut mit den Bezirksräten abzustimmen, das ist dann auch so erfolgt, sie waren dann in einer Bezirksratsversammlung, bei der übrigens zwei FPÖ-Kollegen auch anwesend waren, das war im April dieses Jahres, sie haben dort das Projekt vorgestellt, es wurden dann auch vom Bezirksrat einstimmig dieses Projekte gutgeheißen und sogar eine Förderung des Bezirkesrates für dieses Projekt auch aufgestellt. Das Zweite, was in der Umsetzung war, ist, dass ich auch gebeten hatte, dass man sich abstimmt mit dem Jugendamt, was auch passiert ist, leider hat es dann vom Jugendamt von der Seite zwar keine Förderung dafür gegeben, aber ich möchte darauf hinweisen, dass die Container-Aktivitäten gar nichts mit dem Kunstprojekt zu tun haben, sondern dass das im Bereich des Jugendamtes liegt. Da müsste man dann dort nachfragen. Generell habe ich die Rückmeldung, dass acht Interventionen geplant sind, die alle jeweils nicht für Lärm sorgen, es ist so, dass sie jeweils mit den Jugendlichen umgesetzt werden und dass die besondere Nutzung des Parks jetzt in der heißen Zeit, in einer Zeit, wo das

Jugendzentrum Fantastic geschlossen ist usw. eine natürliche Erscheinung in einem Park ist, der angrenzt an sehr dicht besiedeltes Gebiet und dass es dazu auch zu Ruhestörungen und Konflikten kommt, mag eine Erscheinung sein, ich frage nur, was ist die Alternative? Wollen wir, dass die Jugendlichen aus dem Park wieder in die Siedlungen hineingehen beziehungsweise wohin; hat die FPÖ die Idee, diese Jugendlichen, die dort leben, die dort sich aufhalten wollen und sich dort auch aufhalten sollen, können und auch dürfen, es ist öffentlicher Raum, diese Idee fehlt mir bei dieser Anfrage und wie gesagt, es wurde eben gut vorbereitet, gut begleitet. Das Problem, dass Jugendliche nicht immer ganz angepasst agieren, ist ein Thema, das wir in einer Stadt haben, aber ich bekenne mich dazu, dass wir eine Stadt sind, in der auch junge Menschen Entfaltungsspielräume brauchen und dabei soweit wie möglich unterstützt werden. Hier ist es um eine künstlerische Form gegangen, ich nehme an, dass dort auch weiterhin andere Notwendigkeiten bestehen und die passieren ja auch meines Wissens (*Applaus Grüne*).

GR. **Hötzl**: Nur zur Information, weil Sie sagen künstlerische Installation oder so weiter. Zuerst war es ein Container, jetzt ist es eine Holzbaracke, zuerst war es aus Metall, jetzt ist es aus Holz, es ist beides halt eine Möglichkeit, zu schlafen dort, zu übernachten, Alkoholmissbrauch ist offensichtlich, Drogenmissbrauch wahrscheinlich, sage ich einmal. Aber es geht hier nicht um Schuldzuweisungen oder darum, die Verantwortlichen durch die Behörden da zu beeindrucken, es geht nur darum, dass man rasch und zielsicher vor Ort, nämlich dass das der Bevölkerung hilft, aber vielleicht auch den Jugendlichen, dass man denen gar nicht die Möglichkeit gibt, dort die halbe Nacht durchzumachen und diverse Sucht- und Genussmittel zu konsumieren. Oft ist nämlich auch das Gegenteil von gut dann nur gut gemeint, auch Ihre Fraktion informiert, dass es Ihnen rund um den Fekonja-Park mit dem jetzigen Projekt Probleme gegeben hat. Wie man von der Gemeinderätin Mag.^a Grabe vom letzten Jahr einer

Anfrage entnehmen kann, befassen Sie sich ja schon länger mit diesem Projekt. Sind Sie bereit, die politische Verantwortung zu übernehmen und sich ehebaldigst mit den Betreibern des Projektes und den Anrainern in Verbindung zu setzen? Für die meisten in diesem Umfeld Wohnenden ist die Vorstellung, bis Ende Oktober Zustände wie im letzten Jahr vorzufinden, unerträglich. Und sind Sie auch bereit, den Holzverschlag, nämlich diese Holzbaracke, der nun wieder für die Möglichkeit eines nächtlichen Unterschlupfs sorgt, rasch entfernen zu lassen? Zumindest, falls es nicht in Ihre Ressortzuständigkeit fällt, die Kontaktstelle und Gesprächsplattform zur Lösung der sich abzeichnenden Probleme um das Kulturprojekt im Fekonjapark zu bilden (*Applaus FPÖ*)?

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Ich bin bereit, den Teil der Verantwortung zu übernehmen, dass ich ein Kultur- und Kunstprojekt dort unterstütze, das ich übrigens, mit dem ich auch laufend in Austausch bin, das versucht, das Thema, das dort existiert, nämlich ein Konfliktthema in Nachbarschaft, wo junge Menschen in ihrer Form Freizeit, Abende, Nächte verbringen wollen und Anrainerschaft, die sich dadurch belästigt fühlt, zu begleiten. Es ist mir ganz klar gewesen vom Anfang an, und das habe ich auch zu den künstlerischen Leuten gesagt, dass es dazu kombiniert eine sozialpädagogische Zugangsweise braucht, deswegen gab es auch eine Verzahnung mit dem sozialpädagogischen Lehrgang in Kärnten, die eben hier als Praktikanten sozusagen immer wieder dabei sind und auch eine Verzahnung und eine Vermittlung zwischen Jugendamt und dort. Für die Baracke bin ich nicht zuständig, die Baracke wird dort aber auch Sinn machen aus Sicht der Jugendarbeit, dass dort ein Treffpunkt stattfindet und es ist, wie gesagt, eine Lösung, ich würde mir das einmal vor Ort anschauen, es ist dort eine sehr dicht besiedelte Umgebung und dieser Park stellt einen kleinen Freiraumbereich dar und ich würde wirklich dafür plädieren, dass wir in dieser Stadt solche Freiräume auch aushalten miteinander und es braucht Begleitung, da bin ich

dafür, aber für den Kulturbereich übernehmen ich die Verantwortung, für den anderen Bereich nicht, aber ich weiß, dass die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter da immer wieder dran sind und es wird so schnell nicht abzustellen sein, dass junge Leute im Sommer sich irgendwo treffen. Die werden sich an verschiedenen Orten treffen und ich kenne viele Gebiete in der Stadt, wo solche Konflikte auftauchen, das ist Zusammenleben und das braucht Unterstützung und wenn es da unterschiedliche Möglichkeiten und Methoden gibt, dann ist es gut so und dass das zusammen spielt, dafür habe ich gesorgt und das ist etwas, darauf werde ich auch weiterhin achten (*Applaus Grüne*).

7) Neubesetzung Vorstände Holding Graz

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die Neubesetzung der Vorstände der Holding Graz. Lieber Gerhard! Aus gutem Grund hat die Stadt Graz beschlossen, stärker in die Steuerung unserer Beteiligungen einzugreifen. Zur Steuerung gehört wohl auch die Personalpolitik und die Vorstandsverträge der Holding Graz laufen ja mit Jahresende aus. Bis heute, dem Beginn der Sommerpause im Prinzip, haben wir im Gemeinderat darüber nichts gehört. Ich beschränke mich auch schon gerne auf den Motivenbericht, weil ich glaube, dass die Zeit für die Antwort gut nutzbar ist und stelle damit folgende

F r a g e :

Welche Maßnahmen, Ausschreibung, Hearing und dergleichen, sind von wem, Holding-Aufsichtsrat, Holding-Gesellschafterversammlung oder sonstigen

Institutionen bezüglich der Neubesetzung der Vorstände der Holding Graz geplant und wie schaut der dazugehörige Terminplan aus?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Gerhard! Das letzte Mal, also so gesagt, die derzeitigen Verträge der drei Vorstände, Geschäftsführer laufen vom 1.1.2011 bis 31.12.2015. Für die Neubestellung der Vorstände im Jahr 2011 hat es einen wesentlichen Unterschied gegeben, damals war die Holding noch eine Aktiengesellschaft, das heißt, dass entscheidende Organ für die Bestellung, auch der Vorstände, war der Aufsichtsrat. Inzwischen ist die Holding Graz eine GmbH geworden, das heißt, die Bestellung der drei Vorstände, Geschäftsführerinnen/Geschäftsführer erfolgt durch die Generalversammlung, dazu ist ein Gemeinderatsbeschluss erforderlich, das heißt, de facto erfolgt die Bestellung der drei Personen hier im Gemeinderat. Wir haben aber aufgrund der jetzt wechselnden Zuständigkeit vereinbart, dass die Vorbereitung und das Verfahren vom Aufsichtsratsvorsitzenden gemeinsam mit der Finanzdirektion insgesamt durchgeführt werden, und zwar ganz exakt entsprechend dem Stellungsetzungsgesetz. Nach diesem Gesetz hat die Ausschreibung der zu besetzenden Stelle möglichst sechs Monate vor Freiwerden der Stelle zu erfolgen. Letzten Samstag, am 4. Juli 2015 ist die Ausschreibung veröffentlicht worden und zwar im Amtsblatt der Wiener Zeitung, im Standard und in der Kleinen Zeitung. Bewerbungsfrist endet am 3. August 2015. Beim anschließenden Verfahren wird es ein Hearing geben selbstverständlich nach den Prinzipien, die in der Steuerungsrichtlinie Haus Graz für die Besetzung von Führungspositionen verankert ist. Zum Hearing wird es eine Kommission geben selbstverständlich, in der Kommission wird jedenfalls vertreten sein der Vorsitzende des Aufsichtsrates und der Zentralbetriebsobmann sowie ein Vertreter der Stadt, der noch zu nominieren ist und zwischen ein und zwei geladenen Experten, die auch gerade ausgesucht werden. Das Personalberatungsbüro ist ausgesucht, ist am Werken, das ist die Firma Hill und das

Hearing ist für den September vorgesehen, der genaue Termin wird ebenfalls noch zu eruieren sein. Festhalten möchte ich schon an dieser Stelle, dass zum Hearing selbstverständlich Beobachterinnen und Beobachter von allen Stadtparteien eingeladen werden, auch rechtzeitig eingeladen werden, sodass auch für alle Parteien die Möglichkeit besteht, sozusagen die Performance und halt eben das Auftreten der Kandidatinnen und Kandidaten bei diesem Assessment-Center, wie das so schön heißt, durchaus selbst eben auch zu beobachten und selbst zu bewerten (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Danke einmal für die Ankündigungen, auch beim Hearing dabei zu sein. Ich habe es mir relativ genau durchgeschaut, das Prozedere ist ja nicht näher geregelt und deswegen auch danke für diese Zusage. Vielleicht wäre auch der Wunsch, wäre es auch möglich gewesen, die Ausschreibung selber schon in die Generalversammlung zu bringen, dann hätten wir im Gemeinderat was davon erfahren, aber selbstverständlich für die Bestellung... Meine Zusatzfrage ist, ich habe auch das Inserat gesehen in der Zeitung. Deutet vielleicht nicht sehr auf die Richtigkeit der Stelle hin, auf den Auftraggeber. Aber ich habe mir gedacht, was macht eine Führungskraft, die sich für so etwas bewerben will und die schaut natürlich nach auf der entsprechenden Homepage, ob Stellen ausgeschrieben sind und ich habe das gestern Nachmittag gemacht, ich habe nachgeschaut bei der Holding, ich habe nachgeschaut bei der Stadt Graz und auf beiden Homepages steht nichts darauf, dass wir Geschäftsführung suchen. Also ich finde das schon sehr eigenartig, dass wir hier durchaus sinnvollerweise mit Unterstützung der Firma Hill suchen, aber auf den eigenen Seiten das verschweigen, ich unterstelle jetzt keine Absicht logischerweise, aber man könnte da Ideen finden. Meine konkrete Frage, bist du bereit, dieses Manko der Nichtveröffentlichung auf der entsprechenden Homepage der Stadt Graz und der

Holding ehestmöglich nachzuholen und auch dort darauf hinzuweisen, dass diese Stellen ausgeschrieben sind (Applaus Grüne)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Selbstverständlich, ich nehme die Anregung gerne auf und werde das sofort herstellen, dass es in beiden Homepages selbstverständlich, und zwar in der Langfassung, dargestellt wird.

8) Parkplätze in Geidorf

GR. Dr. **Hofer** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. Dr. **Hofer**: Werter Herr Bürgermeister, liebe Stadtregierung, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, lieber Mario! Ich darf vielleicht beginnen, in der Kronen Zeitung vom 23. Juni gibt es ein Zitat von dir, da steht: „Das Ziel der Parkraumbewirtschaftung ist nicht abzukassieren“, betont Eustacchio. O-Ton, es geht darum, dass genügend Stellplätze zur Verfügung stehen in erster Linie für die Anrainer. Jetzt hat es eine wochenlange größere Baustelle in der Humboldtstraße gegeben, wo natürlich sehr viele Parkplätze, vor allem für Anrainer, nicht nutzbar waren, das ist klar, das versteht man auch. Der Unmut der Anrainer ist dann eher dahingehend, dass es einigermaßen, ich möchte es einmal formulieren, dass es Null-Toleranz-Strategie der Parkraumbewirtschaftung dann auch ist, das Anrainer abgestraft werden, auch wenn sie, sage ich einmal, nur mit den Vorderreifen über die blaue Markierung drüberstehen, was durchaus, sage ich, legitim ist, aber natürlich auch den Unmut der Anrainer schürt. Jetzt sind diese Baustellen bereits fertig und geschlossen und der größere Unmut kommt jetzt dadurch zustande, dass vor allem an der Ecke

Bergmannstraße/Humboldtstraße der erste Parkplatz ersetzt wurde durch eine weiße Markierung mit zwei Betonbollern beziehungsweise die Ecke Grillparzerstraße/Humboldtstraße mit mehr als ausufernden Sperrflächen und Gehsteigen versehen ist, also da gibt es Sperrflächen, die sind knapp 20 Meter vom Zebrastreifen weg und natürlich sehr viele Parkplätze hier einsparen.

Daher möchte ich dich

f r a g e n :

Wodurch kam es zu dieser Verringerung der Parkplätze in den Bereichen Ecke Bergmannstraße/Humboldtstraße beziehungsweise Ecke Grillparzerstraße/Humboldtstraße und wie viele Parkplätze haben diese Maßnahmen gekostet?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Lieber Philipp, Gott sei Dank hast du das entdeckt oder es ist dir gesagt worden. Die Situation ist nämlich die, dass wir diese Umbaumaßnahmen insbesondere dazu genutzt haben, um die Auftrittsflächen zu verändern, damit wir die Sichtkeile reduzieren können und damit wir mehr Parkplätze schaffen. Jetzt ist die Problematik die gewesen, dass die alten Pläne für die Markierung herangezogen wurden und nicht die neuen. Mit den neuen haben wir den Gewinn von acht Parkplätzen, das ist in der Zwischenzeit schon passiert, du kannst es vor Ort anschauen, aber es war ein reines Versehen der Markierungen. Aber ich lese dir einmal die Antwort korrekt vor von Seiten des Straßenamtes: An der Kreuzung Bergmannstraße/Humboldtstraße wurde ein Stellplatz entfernt, da es in diesem Bereich zu Behinderungen für die Linienbusse kam. An der Kreuzung Humboldtstraße/Grillparzerstraße wurde nach der Beendigung der Bauarbeiten irrtümlicherweise der Grundzustand der Markierung wieder hergestellt, dieser Irrtum wurde jedoch bereits wieder behoben und so stehen den Anrainern rund acht

Stellplätze mehr zur Verfügung als vor dem Umbau. Die verbleibenden Sperrflächen in der westlichen Humboldtstraße sind dem Flächenbedarf der Linienbusse zum Abbiegen aus der Grillparzerstraße in die Humboldtstraße geschuldet und nicht weiter reduzierbar. Zusätzlich konnte durch den Umbau die Querungslängen für die Fußgänger reduziert werden, was sich positiv auf die Verkehrssicherheit auswirkt. Das waren die Maßnahmen, damit wir überhaupt mehr Plätze bauen können. Also mehr Plätze als vorher, es war nur falsch markiert (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Hofer**: Die Zusatzfrage erübrigt sich damit, wenn das schon wieder hergestellt worden ist, hervorragend.

9) Sanierung Keplerbrücke – Lösung für RadfahrerInnen

GR.ⁱⁿ DI **Braunersreuther** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ DI **Braunersreuther**: Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuhörerInnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, Herr Stadtrat! Meine Frage betrifft die Keplerbrücke, die ja erfreulicherweise saniert wird, erfreulicherweise für den zukünftigen Zustand, unerfreulich natürlich immer für die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, aber daran kann man ja nichts ändern, deswegen kann man ja nicht aufhören, Straßen zu sanieren und bei Brücken wird es natürlich besonders eng, das ist ganz klar. Es gibt dankenswerterweise deshalb auch schon Informationsfolder, die seit, glaube ich, zwei Wochen oder so verteilt werden in der Gegend der Keplerbrücke. In denen ist mir nur eine Sache aufgefallen. In der ersten Bauphase wird ja der Rad- und Fußweg zusammengelegt und zwar auf die Straßenseite, auf der der

Radweg derzeit nicht ist. Es ist allerdings nichts vorgesehen beziehungsweise darin nicht erkenntlich, ob nichts vorgesehen ist, das ist genau meine Frage, wie die Radfahrerinnen und Radfahrer die Straßenseite wechseln, weil sie müssen vom Fahrradweg auf die andere Straßenseite, müssen sie kurz gemeinsam benutzen, dann müssen sie wieder zurück und nach dem Plan müssten sie dabei auch kurze Zeit den Fußweg benutzen, der definitiv, also wo es auch Ausfahrten gibt, und der definitiv für Fußgänger und Radfahrer zu schmal ist.

Deshalb meine

Frage:

Gibt es Maßnahmen, die dafür vorgesehen sind, dass in der Zeit möglichst problemfrei, und zwar für alle VerkehrsteilnehmerInnen, auch für die FußgängerInnen, die natürlich von den Radfahrern dann gestört werden zwangsweise, weil es einfach zu eng ist, um da Probleme zu vermeiden bei dieser Doppelnutzung?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Frau Gemeinderätin, das machen wir jetzt bei allen Baustellen, dass wir wirklich vorweg gut informieren, damit also auch alle informiert sind. Erstens wie ist der Verlauf, zweitens gibt es die Möglichkeit, auch zu umfahren, damit man den Strom reduzieren? Aber konkret zu Ihrer Frage: Baustellen an solchen Nadelöhren sind natürlich immer eine große Herausforderung und verlangen von allen Verkehrsteilnehmern eine gewisse Rücksichtnahme und Kompromissbereitschaft. In diesem Sinne musste auch für diesen Bereich, wenn auch nicht für alle hundertprozentig ideale Lösung eine Kompromisslösung gefunden werden. Der gemischte Geh- und Radweg wird nordseitig durchgehend in einer Breite von drei Metern bis zur Druckknopfampel an der Neubaugasse geführt. Hier wird auch die

Abstellfläche für Radfahrer und Fußgänger vorübergehend vergrößert. Zur Sicherung ist dieser Geh- und Radweg auf der gesamten Länge mit festen Gleitwänden von der Fahrbahn getrennt. Weiters werden im Bereich der Querung über die Rampe Lendkai Schwellen zur Reduktion der Geschwindigkeit aufgebracht sowie die Querung mit rotem Fahrbahnbelag versehen. Am östlichen Ende der Keplerbrücke wird der dortige Schutzweg in allen Bauphasen offen sein, jedoch ist hier aus Platzmangel keine zusätzliche Radquerung möglich. Also es gibt nur die eine Radquerung weiter unten, das sind die Maßnahmen, die wir tätigen. Selbstverständlich beobachten wir überhaupt den Verkehrsfluss, wenn es Notwendigkeiten gibt, werden wir spontan handeln müssen, aber es wird einmal jetzt vorweg einmal so geführt werden (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ DI **Braunersreuther**: Vielen Dank für die ausführliche Antwort. Die Zusatzfrage ist die, es gibt ja auch die Unterquerung der Keplerbrücke, also den Radweg. Da stand nichts in dem Folder, ob der betroffen ist. Also egal ob oder ob nicht, kann man da vielleicht die Chance auch nutzen, nachdem es da gerade vor kurzem zum schweren Unfall gekommen ist, diese Unterführung zu verbessern für die VerkehrsteilnehmerInnen (*Applaus KPÖ*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Mir ist jetzt der Unfall nicht bekannt, aber werde ich gerne an das Straßenamt weitergeben, die Verkehrsplanung einmal anzuschauen. Wodurch ist es verursacht gewesen und gibt es Verbesserungsmöglichkeiten, ich fahre dort öfter durch, also ich wüste jetzt nicht, nehme ich gerne auf, gebe ich gerne weiter (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 13.25 Uhr den Vorsitz.

10) Parkanlage Reininghaus

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es soll 2016 einen Wettbewerb geben zur Parkgestaltung im Reininghaus-Gelände. Die Wettbewerbspapiere sollen vom Amt für Grünraum und Gewässer erstellt werden.

In Reininghaus werden Wohnungen für rund 16.000 Menschen gebaut. Statistisch gesehen hat jede zehnte Familie einen Hund, also es werden dort auch sehr viele Hunde leben. In Eggenberg gibt es leider auch keine zusätzliche Hundewiese, das heißt, der Druck wird auch von umliegenden Gebieten in der Parkanlage steigen und deshalb meine Frage an Sie.

Aus diesem Grund richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Frage:

Welche Vorgaben wird die Abteilung für Grünraum und Gewässer in den Ausschreibungspapieren für den Wettbewerb zur Parkgestaltung in Bezug auf die Lage und vor allem die Größe der notwendigen Hundewiesen machen (*Applaus FPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! Erfahrungsgemäß hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass die bislang in Graz angelegten Hundewiesen zumindest dann immer als erfolgreich anzusehen waren, wenn es gelungen ist, drei Punkte einzuhalten. Der erste war, man braucht eine Fläche möglichst über 2.000 m², die zweite Voraussetzung war, es sollen nicht direkt oder unmittelbar an bestehenden oder zukünftig zu errichtenden Wohnsiedlungen angrenzende Areale genommen werden, also wenn Bewohnerinnen und Bewohner dort sind, haben wie Konflikte und drittens, mit der Festlegung einer Hundewiese möglichst keine vorhandenen, keine bereits etablierten freiraumgebundenen Erholungsansprüche zu überlagern oder zu konterkarieren, also wenn eine Fläche für etwas anderes angedacht war, diese Doppelnutzung funktioniert schlecht. Das sind die drei Kriterien. Deswegen haben wir jetzt gerade bei diesem zentralen Grünraum in Reininghaus, das ist der Central Park inklusive der Grünachse, treffen diese Kriterien nicht zu, deswegen haben wir auch nicht vor, in diesem Park und in dieser Grünachse eine Hundewiese zu errichten. Sehr wohl denken wir darüber nach, dass wir andere Areales, wir haben ja in Summe 65.000 m² Grünraum in Reininghaus übernommen, ein anderes Areal dafür auszusuchen, aber jetzt bei diesem Wettbewerben direkt beim Central Park ist es nicht angedacht. Es wird dann ähnlich wie im Stadtpark sein, wo du deinen Hund auch ausführen kannst, aber eine reine Hundewiese wird eher in Richtung Industrieflächen gehen oder eine sonstige Fläche. Also wir denken es an, aber nicht bei diesem Wettbewerb, wenn es um das Zentrum direkt geht (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Gibt es eben schon konkrete Flächen, einen konkreten Plan vom Amt, wo die Hundewiese hinkommen wird, weil sonst einfach die Befürchtung da ist, dass das ein Flickwerk wird, wenn das nicht irgendwo schon schriftlich vermerkt ist.

Bgm. Mag. **Nagl**: Also was ich momentan vorliegen habe, ist die als zukünftige Hundewiese aus fachlicher Sicht geeigneteren Flächen liegen mit Sicherheit eher im Bereich der bereits initiierten Stadtwäldchen, die teilweise dafür zweckgewidmet werden könnten oder im Bereich der Pufferzone der östlich angrenzenden Industriezone und des Bahngeländes. Allfällige Festlegungen zukünftiger Hundewiesen werden aus heutiger Sicht im Rahmen der Stadtteilentwicklung Reininghaus daher ohne Vorgaben für allfällige Wettbewerbe zu erfolgen haben, aber das sind die Bereiche, die wir schon angedacht haben. Ich bleibe da auch dahinter.

Bgm. Mag. Nagl übernimmt um 13.30 Uhr den Vorsitz.

11) Naherholungsgebiet Riel-Teiche

GR. **Dreisiebner** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Dreisiebner**: Die Verwirrung ist perfekt, weil wir gestern die Information erhalten haben, es sollte an den Stadtrat Rüsch gestellt werden, ursprünglich war der Plan an Sie, Herr Bürgermeister. Es geht um das Naherholungsgebiet, um das Naturraumgebiet Riel-Teiche beziehungsweise das Freigelände und Wiesengelände um die Riel-Teiche herum. Es ist so, dass im südlichen Raumbereich der Riel-Teich-Gründe nicht gerade zur Freude von den NutzerInnen und den AnwohnerInnen, NachbarInnen usw. jetzt im 4.0 Flächenwidmungsplan, 1. Auflage, zwei Grundstücke, und zwar alle Katastralgemeinde Andritz 258/1 und 259/1, als Aufschließungsgebiet für Wohnen

allgemein vorgesehen sind. Das heißt, aus dieser flächenwidmungsplanerischen Absicht heraus, die jetzt in Auflage ist, würde der Naherholungsraum Riel-Teiche, wenn das so beschlossen wird, um ein bedeutendes Stück verkleinert werden. Das ist aber nur die Einleitung zum eigentlichen Thema, denn das Hauptthema ist, dass es das Gerücht gibt, dass es vor kurzem zu einer Aufkündigung des Pachtvertrages für die Riel-Teiche beziehungsweise das Freigelände, das als Erholungsraum genutzte Freigelände durch den Eigentümer gegenüber der Stadt Graz gekommen ist. Ob das richtig ist oder nicht, hoffe ich als Teil der Antwort zu erfahren und viele AndritzerInnen, andere NutzerInnen sind der festen Überzeugung, dass das Erholungsgebiet Riel-Teiche inklusive der aktuell über den Pachtvertrag nutzbaren Freiflächen uneingeschränkt erhalten bleiben soll. Das heißt, dass die Baulandwidmung als Aufschließungsgebiet laut Fläwi, 1. Auflage, geändert werden sollte, um diesen Naturraum nicht weiter zu beschneiden. Jetzt weiß ich nicht, an wen ich die Frage genau stelle.

Was gedenken Sie für den Erhalt und für die Sicherung der öffentlichen Zugänglichkeit des Naherholungsgebietes Riel-Teiche zu tun? Vielleicht gibt es eine Co-Antwort (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja es ist richtig, dass der Liegenschaftsreferent natürlich für den Grundstücksbereich zuständig ist und deswegen soll Gerhard Rüschi die Frage auch beantworten. Aber ich werde mir erlauben, dann auch betreffend Fläwi-Plan und das, was wir in Zukunft vorhaben und das was im Naturschutzbeirat schon war, dann auch noch zu ergänzen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Zunächst einfach einmal der Vorspann dazu. Dass viele Fragen wahrscheinlich hier überhaupt nicht gestellt werden müssten, wenn es davor eine

ordentliche Kommunikation gibt und das war in diesem Fall jedenfalls nach meiner Einschätzung nicht so, sondern wir sind einfach mit einem Kündigungsschreiben konfrontiert gewesen, das dann bei näherer Hinsicht durchaus seine Berechtigung hat, aber dass man in einem, wie es an und für sich üblich sein sollte, zwischen Stadt und auch Eigentümer in einem kurzen Gespräch, glaube ich, leicht beseitigen hätte können. Und zwar darf ich dazu ausführen, dass eben die Stadt Graz im Jahr 2008 den Pachtvertrag für diese rund 5,3 Hektar große Liegenschaft Naturerlebnispark Riel geschlossen hat. Und zwar wurde diese Fläche dann in weiterer Folge an den Verein Naturerlebnispark überlassen, der diesen schönen Park errichtet hat, der ist öffentlich zugänglich und jedem oder jeder, die noch nicht da draußen war und den Park nicht kennt, sei herzlich empfohlen, es ist wirklich eine sehr schöne Sache. Im vorgenannten Pachtvertrag hat die Verpächterin einen 20-jährigen Kündigungsverzicht abgegeben und ihr wurde einmalig, nämlich mit 31.12.2015, eine Kündigungsmöglichkeit eingeräumt und zwar dann, wenn die in ihrem Eigentum befindlichen angrenzenden Grundstücke, das sind rund 15.000 m², nicht in Bauland mit Dichte von zumindest 0,2 bis 0,4 rechtskräftig umgewidmet sind. Das wurde damals im Vertrag vereinbart und auch so genehmigt. Und die Situation ist eben die, dass der Entwurf des 4.0 Fläwi vorhanden ist, ausgegeben ist, verteilt ist und auch besprochen wird und auch im Herbst eine zweite Auflage beschlossen werden soll und so, wie vereinbart, sind in diesem Entwurf die Flächen als Bauland mit dieser maximalen Dichte von 0,6 dargestellt. Der einzige Grund, wieso die Familie Riel jetzt gekündigt hat, ist eben sozusagen als Vorratsbeschluss, falls eben bis Ende dieses Jahres der Fläwi-Plan nicht rechtskräftig ist, um da allenfalls Gebrauch zu machen. Die Sache kann man sehr, sehr leicht einfach mit einer Verlängerung dieser Kündigungsmöglichkeit aus der Welt schaffen, indem man eben anstelle des 31.12.2015 ein Jahr später einträgt, bis zu dem dann der Fläwi rechtskräftig sein wird. Alles das, was die Stadt mit der Familie Riel vereinbart hat, ist bis jetzt erfüllt worden. Ich kann es nur noch einmal sagen, man hätte das auch mit einem kurzen Gespräch, glaube ich, durchaus aus der Welt schaffen können. Jetzt ist es eben so und die beiden Rechtsvertreter von der Stadt und von der

Familie Riel sind dabei, das, was ich Ihnen jetzt gesagt habe, die Verlängerung dieser Kündigungsmöglichkeit auch schriftlich zu vereinbaren (*Applaus ÖVP*).

GR. Dreisiebner: Es gibt eine Zusatzfrage, wiewohl ich noch gespannt wäre, was Sie, Herr Bürgermeister, als Stadtplanungsreferent dazu sagen. Die Zusatzfrage ist in der Form, ich bedanke mich einmal für die Auskunft, ich nehme auch die Aufforderung gerne auf, dass wir uns dieses Jahr noch die Freiflächen Riel-Teiche anschauen sollen, weil sicher ist sicher. Die Zusatzfrage ist folgende: Wir kennen alle, dass es natürlich immer wieder die Versuche gibt, in Form der Salami taktik von Flächenwidmungsplan-Revision zu Flächenwidmungsplan-Revision immer mehr in Bauland oder höherwertiges Widmungsgebiet zu bekommen. Welche Maßnahmen und Vorkehrungen im Sinne des neuen Pachtvertrages, der dann nach 2016 wahrscheinlich abgeschlossen werden muss, wird es seitens der Stadt beziehungsweise dir, Gerhard Rüschi, dahingehend geben?

Bgm. Mag. Nagl: Jetzt erlaube ich mir, diese Zusatzfrage aufzunehmen. Ich muss ganz ehrlich sagen, wir waren sehr überrascht, als wir doppelt eingeschrieben sowohl von den Eigentümern als auch von der Rechtsvertretung aus dem Nichts diese Kündigung bekommen haben. Ich bin ein paar Tage später in die Naturschutzbeiratssitzung gegangen und habe dort die Damen getroffen, die für uns diesen Naturerlebnispark seit Jahren großartig betreiben und habe sie gefragt, warum sie da so ruhig sitzen und nicht aufgebracht und nervöser sind. Sie haben von dieser Kündigung nichts gewusst, obwohl sie ein paar Tage zuvor auch mit den Eigentümern gesprochen haben. Da ist, wenn ich so sagen darf, momentan die Vertrauensbasis aus meiner Sicht ziemlich stark in Mitleidenschaft gezogen worden und ich freue mich gar nicht darüber. Wir haben

dort mit drei Dingen zu tun. Das eine ist, dass wir dort ein Areal haben, das für den Naturschutz wichtig ist, da ist auch die Frage, wollen wir, trauen wir uns im Fläwi-Plan zu Teilflächen dieser Grundstücke in Bauland umzuwandeln, aus meiner Sicht nur dann, wenn es uns gelingt, sehr langfristige Verträge für den Bereich daneben auch zu sichern. Das andere Szenario ist zu sagen, ja, es gibt keine Umwidmung, dann rechne ich damit, dass diese Grundstücke der Öffentlichkeit dann leider auch nicht mehr zugänglich gemacht werden, ich habe aber durchaus mit Dr. Windisch schon gesprochen, dann sollten wir aber auch langfristig dafür sorgen, dass das als Naturschutzareal erhalten bleibt und wir auch ein solches Verfahren ins Laufen bringen. Ich hoffe, dass wir noch zu einer gemeinsamen Lösung kommen, die werden wir auch intensiv zu besprechen haben im Rahmen des Fläwi-Planes. Eines möchte ich nicht haben, dass man nach der Salami-Taktik, jetzt haben wir ein paar Baugründe bekommen und daneben kündigen wir in ein paar Jahren dann wieder die Geschichte auf. Also wenn, glaube ich, kann es nur eine ganz, ganz langfristige Absicherung dieses Naturerlebnisparks, die Zugänglichkeit und den Naturschutz im Zuge mitbetreffen. Da suchen wir einen Kompromiss, ob wir ihn finden werden und ob wir dem zustimmen, werden wir da noch diskutieren (*Applaus ÖVP*).